

26.11.2011 / Inland / Seite 2

## Verfassungsschutz Teil des Problems

Sächsische Meldebehörde stellte Rechtsterroristen  
Personalausweis aus

*Markus Bernhardt*

Die Skandalserie rund um die von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe gegründete neofaschistische Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) und die von ihnen verübten Morde und Bombenattentate reißt nicht ab. Wie am Freitag bekannt wurde, soll eine sächsische Meldebehörde dem »NSU«-Mitglied Uwe Mundlos auf Grundlage eines gefälschten Personalausweises einen »legalen illegalen Reisepaß« ausgestellt haben. Das aus der Bundesdruckerei stammende Dokument sei mit einem falschen Foto und einer falschen Unterschrift versehen worden, hieß es. Weitere Angaben zu den neuen Enthüllungen verweigerten die Ermittlungsbehörden aus »ermittlungstaktischen Gründen«.

Indes gewann die öffentliche Debatte um den Einsatz sogenannter V-Leute weiter an Fahrt. So forderte die nordrhein-westfälische Linksfraktion am Freitag die sofortige »Stillegung« aller V-Leute des Verfassungsschutzes aus NPD und Neonaziszene. »Das jahrelange unbehelligte Morden und Rauben der Thüringer Terroristen belegt: Ein Netz aus bezahlten Nazispitzeln beleuchtet die Gefahren aus der rechten Szene nicht - es begünstigt sie«, konstatierte Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Linken im Gespräch mit jW. In drei am Freitag eingebrachten Anfragen will die Fraktion außerdem von der Landesregierung wissen, wie viele öffentliche Gelder seit 2001 über die V-Leute in die neofaschistische Szene geflossen sind. So standen in der Vergangenheit aufgrund der V-Mann-Tätigkeit von Wolfgang Frenz und Udo Holtmann Teile der NPD-Parteiführung in

Nordrhein-Westfalen über Jahre hinweg im Dienst des Landesverfassungsschutzes. 2002 kam dann heraus, daß die Partei den Informationsfluß an die Behörde kontrollierte.

Indes wurden die Neonazifunktionäre aus öffentlichen Mitteln in mindestens sechsstelliger Höhe bezahlt, schätzt der finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion, Rüdiger Sagel. »Höchstwahrscheinlich wurden hiermit auch neofaschistische Strukturen in NRW ausgebaut. Die Opfer rechter Gewalt haben ihre Peiniger also noch mitfinanziert.« Parlament und Öffentlichkeit müßten bei der Untersuchung des Terrors durch die »NSU« die Praktiken des Geheimdienstes miteinbeziehen, forderte Conrads. Schließlich sei der »Verfassungsschutz Teil des Problems, und nicht der Lösung«.